

Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Helga Schultz. (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 4.) Berlin Verlag. Berlin 1998. 371 S., Abb. u. Tab. i. T. (DM 78,—.)

Flucht und Vertreibung hatten einen kaum zu überschätzenden Einfluß auf die soziale und politische Geschichte Ostmitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Tschechoslowakei fielen infolge der Enteignung von Deutschen und Madjaren fast drei Millionen Hektar Land, 11 200 Fabriken und 200 000 Einfamilienhäuser an den Staat. In Polen wurde aufgrund der Westverschiebung und der Enteignung der Deutschen ein Drittel des Landes zum Staatsbesitz, allein 80% des in der Landreform verteilten Landes stammten von enteigneten Deutschen. Ähnlich verhielt es sich in Ungarn, wo ebenfalls ein Großteil des in der Bodenreform vergebenen Landes einst Deutschen gehört hatte. Man kann zusammenfassen, daß die Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg nach dem Holocaust das bis dahin größte Enteignungsprogramm in der ostmitteleuropäischen Geschichte darstellten. Dieser tiefe Einschnitt prägt die betroffenen Regionen bis heute und machte sie nach dem Krieg zu einer Machtbasis und einem Experimentierfeld für die Kommunisten. Diese nutzten das durch Vertreibung erworbene Eigentum als politische Manövierrasse, die sie an Parteigänger oder zur Gewinnung neuer Wähler verteilten und zu gesellschaftspolitischen Experimenten nutzten. Ab 1948 fiel es den neuen Machthabern in den Vertreibungsgebieten relativ leicht, die instabile Eigentumsstruktur durch Kollektivierung und umfangreiche Verstaatlichungen erneut umzustürzen. Die durch Krieg und Migrationen fragmentierten Gesellschaften waren kaum in der Lage, der wirtschaftlichen und politischen Transformation organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Es besteht also ein klarer Zusammenhang zwischen den „Bevölkerungstransfers“ nach dem Zweiten Weltkrieg, der wirtschaftlichen und politischen Transformation der betroffenen Gebiete und der Machtergreifung der Kommunisten in Ostmitteleuropa. Allerdings ist diese Geschichte in ihren Details und Wendungen bislang noch kaum erforscht. Es gibt keine Studien, die beispielsweise die Entwicklung in Innerböhmen und im ehemaligen Sudetenland vergleichen, und auch in Polen haben nur wenige Autoren die Westgebiete in vergleichendem Kontext untersucht.¹

Helga Schultz stößt also mit dem von ihr herausgegebenen Sammelband in eine große Forschungslücke vor. Allerdings verpaßt sie in ihrer Einleitung und im gesamten Band, die eben geschilderten Zusammenhänge entweder chronologisch, thematisch oder nach Ländern und Regionen zu ordnen. Vollmundig kündigt sie ein „eindrucksvolles Panorama“ der Bevölkerungstransfers in Ostmitteleuropa an. Stattdessen liest man als erstes einen von Selbstkritik weitgehend freien Aufsatz von Stefan Kowal über die polnische Westforschung nach 1945. Am ehesten in die Richtung eines Überblicks geht Zbigniew Kurcz in seinem Beitrag über Aus- und Umsiedlung, doch verschleiert er aufgrund zahlreicher Fehlinformationen und Fehldeutungen den Ablauf der Zwangsmigrationen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum in die Konferenz und in den Band keine der vielen regionalen und nationalen Fallstudien über die Bevölkerungsverschiebungen zwischen 1938 und 1948 einbezogen wurden, die inzwischen aus allen betroffenen Staaten vorliegen. Lediglich die Zwangsmigration der Ungarn ist durch den Aufsatz von Károly Kocsis umfassend dargestellt.

Die Hrsg. in hat es bei vielen Autoren versäumt, sie zu einer Erklärung des Zusammenhangs zwischen Bevölkerungsverschiebung und Transformation zu bewegen. So schreibt Marian Malikowski über die Industrialisierung in Südostpolen, ohne den

¹ Eine gute Einführung in diese Thematik bietet CZESŁAW OSEKOWSKI: *Spółczesność Polski zachodniej i północnej w latach 1945–1956* [Die Gesellschaft West- und Nordpolens 1945–1956], Zielona Góra 1994.

Zusammenhang zwischen der Vertreibung und Deportation von 630000 Ukrainern sowie der späteren wirtschaftlichen Entwicklung der Region zu thematisieren. M. kennt nach Stand der Fußnoten nur einen geringen Teil der Literatur über die polnischen Ukrainer, ist in den Fakten ungenau und steht eher für das Phänomen der Amnesie im Blick auf Zwangsmigrationen als für deren Aufarbeitung. Der gesamte Band zeigt, daß es heute nicht mehr so sehr darauf ankommt, daß man mit ostmitteleuropäischen Kollegen zusammenarbeitet – das ist unter der jüngeren und mittleren Generation selbstverständlich geworden –, sondern mit welchem Ziel man kooperiert.

Ein Lichtblick ist der Beitrag von Peter Mähner über die deutsch-tschechischen Beziehungen in einem Dorf in Südmähren. Der Autor zeigt, daß sich das Dorf lange Zeit als resistent gegenüber einem von außen herangetragenen Nationalismus erwies und pragmatische Zweisprachigkeit verbreitet blieb. Erst durch den tschechoslowakischen Staat wurde Nationalität ein politisches Problem. Der Einfluß des deutschen Nationalismus in den 1930er Jahren endete mit der Vertreibung fast der gesamten tschechischen Bevölkerung, auch der alteingesessenen Familien. Nach dem Krieg vertrieben die Tschechen die Deutschen, wobei die zurückgekehrten Dorfbewohner noch relativ viel Rücksicht nahmen. Sie versuchten dann, erneut eine traditionelle Dorfgesellschaft aufzubauen, zogen aber im Kampf mit den neuen Machthabern, die auch vor der Zwangsaussiedlung von Opponenten nicht zurückschreckten, schnell den kürzeren. Neben diesem Beitrag gefallen einige wirtschaftshistorische Studien, ein Beitrag über die Besiedlung der Westgebiete Polens und den Einfluß der Flüchtlinge auf die Transformation im ländlichen Brandenburg.

Berlin

Philipp Ther

Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt“. Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle. Hrsg. von Eduard Mühle. (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, 4.) Verlag Herder-Institut. Marburg 1997. 311 S.

Der Band enthält die Ergebnisse einer von der Volkswagen-Stiftung geförderten Tagung zur ostmitteleuropäischen Presse als zeithistorischer Quelle, die im Herder-Institut in Marburg vom 27. Februar bis 1. März 1997 stattfand. Die von Wissenschaftlern und Journalisten aus zehn Ländern vorgetragenen 23 Referate wurden in drei Bereiche: Methodologie, Funktionswandel und Dokumentation unterteilt. In der Einführung macht der Hrsg. des Bandes, Eduard Mühle, darauf aufmerksam, daß unter den Druckmedien die Presse als zeithistorische Quelle häufig von Politik-, Kommunikations- und Sozialwissenschaftlern, selten jedoch von Historikern gewürdigt werde.

Der Themenbereich ‚Methodologie‘ enthält neun Aufsätze, von denen sechs der polnischen Presselandschaft gewidmet sind. Tomasz Góban-Klas beschreibt das sowjetische Mediensystem in der Stalinzeit 1949–1956, wobei er konstatiert, daß in Polen kein wirkliches Informationsmonopol erreicht wurde. Dies gilt auch für Estland, wo durch Pressetitel in der Landessprache und Fachzeitschriften ein gewisser Freiraum erhalten worden sei (Peeter Vihailem und Marju Lauristin). Daran knüpft Andrzej Paczkowski an, der für die Jahre 1944–1989 in Polen mehrere Mediensysteme – von einer freien über eine kontrollierte bis zur gelenkten Presse – unterscheidet. Eine korrektive Funktion zu den staatlichen Medien zeigen am Beispiel der katholischen Presse und der Samisdat-Literatur des „zweiten Umlaufs“ Stefan Garsztecki und Leonid Luks. Jerzy Holzer unterstreicht die Bedeutung des „zweiten Umlaufs“ nach 1976, der neben einer informativ-ideologischen auch politisch-organisatorische Funktion für die polnische Opposition geleistet hat. Dagmar Čierna Lantayová stellt die außen- und innenpolitische Thematik in der ungarischen und slowakischen Presse zusammen. Dem methodischen Vorgehen widmet sich ausführlich Dieter Bingen, der in der Pres-